

Vortrag "Der verlorene Himmel" am 14. März 2017

Auf sehr großes Interesse stieß der Vortrag (14. März 2017) von Prof. Dr. Thomas Großbölting, Neuhistoriker der Universität Münster, zum Thema „Der verlorene Himmel. Glauben in Deutschland nach 1945“.

In einem geschichtlichen Überblick beleuchtete er den rasanten Rückgang der konfessionellen Bindung der Deutschen im 20. Jahrhundert. Er schlug den Bogen bis zum Beginn NS-Zeit, wo sich die Kirchen zunächst mit dem Regime auch wegen der Judenfeindlichkeit zum Teil „verbündeten“, bis es später zu den bekannten Schwierigkeiten kam und die Kirchen befeindet wurden.

Die tiefgreifenden Veränderungen der religiösen Landschaft in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg begannen spätestens in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Zahl der Konfessionslosen wuchs, die Bindung an traditionelle Organisationsformen – Amtskirchen – nahm dramatisch ab. Großbölting erklärte dies einerseits mit Auflösungstendenzen von klassischen gesellschaftlichen und politischen Milieus, andererseits aber auch mit einer zu engen Verzahnung vor allem der evangelischen und katholischen Kirche an den Staat und mit fehlenden Reformbewegungen innerhalb der Kirchen.

Ausführlich legte Prof. Großbölting die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg dar: Als Gegenreaktion auf die Nazidiktatur strebten die Kirchen nach 1945 eine „Re-Christianisierung“ der deutschen Gesellschaft an. 1950 gehörten 95% der Deutschen einer der beiden christlichen Großkonfessionen an, zwischen Katholiken und Protestanten verteilten sich die Anteile ungefähr gleich. Das Christentum hatte in Deutschland zu einem Hoffnungsträger avanciert. Insbesondere die katholische Kirche galt 1945 als „Siegerin in Trümmern“, hatte sie doch scheinbar die NS Zeit unbeschadet überstanden. Prof. Großbölting erwähnte als Beispiel Kardinal von Galen in vollem Ornat vor dem zerstörten Dom in Münster. Sie hatte sich auf Messfeier und Eucharistie konzentriert, während die Evangelische Kirche zunächst eine Neuorientierung in den Landeskirchen suchte. Was Glauben aber eigentlich sei, dafür wurden die gesuchten Antworten spärlicher und für die Gläubigen nicht mehr nachvollziehbar.

Die Politik unterstützte dieses Bestreben, indem es den Kirchen laut Grundgesetz staatliche Aufgaben überließ, was sich in der Familien-, der Bildungs- und der Medienpolitik, aber auch in der rechtlichen Stellung der Kirchen niederschlug. Der staatliche Kirchensteuereinzug, Schulen und Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft, theologische Fakultäten unter Kircheneinfluss und eine vorherrschende Stellung von Caritas und Diakonie in der Krankenversorgung zeugten davon. Bis heute hätten sich diese Grundzüge und Verflechtungen erhalten. Trotz des „religiösen Frühlings“ der Nachkriegszeit sei es aber nie zu einem „religiösen Sommer“

gekommen. Die Re-Evangelisierung habe sich als Wunschbild erwiesen, so seine Schlussfolgerung.

Der Umbruch sei Ende der 60er-Jahre eingetreten; die Autoritäten verschoben sich. Die Kirchenaustritte schnellten um ein Vier- bis Fünffaches in die Höhe. Am Ende der 1980er Jahre standen neben jeweils über 40% Mitglieder in der evangelischen und der katholischen Kirche über 10% Menschen ohne konfessionelle Bindung und circa 3% dem Islam zugehörig. Die Wiedervereinigung mit der DDR, in der nur noch ein knappes Fünftel der Bevölkerung einer Kirche angehörte, erhöhte den Anteil der Konfessionsfreien schlagartig. In den 1990er Jahren stieg deren Zahl kontinuierlich weiter an.

Die Gruppe der Konfessionsfreien nahm weiter zahlenmäßig zu. 2007 war es ein Drittel der Bevölkerung. Bereits jetzt gehörten nur noch 30% der Unter-Dreißigjährigen einer der Großkirchen an. Zwei Drittel der Konfessionslosen würden von ihren Eltern nichtreligiös erzogen. Gehe der Trend so weiter, postulierte Prof. Großbölting, würden 2025 die Christen in der deutschen Bevölkerung erstmals in der Minderheit sein. Die Rede von einer christlichen Gesellschaft würde zunehmend begründungsbedürftig. Doch Politik und Kirchen in Deutschland verharren religionspolitisch in den 1950er Jahren. „Die christlichen Kirchen werden nach dem Modell aus der Nachkriegszeit noch immer staatlich bevorzugt, obwohl eine Vielzahl an Religionen hinzugekommen ist“, so Großbölting. Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht. Stattdessen herrsche ein System der hinkenden Trennung von Kirche und Staat, das in der Nachkriegszeit entstanden sei, so der Historiker. Die Rechte und Ansprüche Anders-gläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen hingegen würden nicht berücksichtigt.

Wie lautete seine Prognose:

Die Kirchen sind institutionell so stark ausgeprägt, dass es daneben nur wenig Platz für andere Religionsgemeinschaften zu geben scheint. Das religiöse Feld würde in Deutschland weiter durch sie geprägt. Fehlende Konkurrenz, staatlich garantierter Religionsunterricht und das Kirchensteuersystem ermöglichen die Erhaltung volkscirchlicher Strukturen trotz bröckelnder Basis. Zudem seien die Kirchen der größte Arbeitgeber und dadurch als religiöse Organisation unantastbar. Das System der hinkenden Trennung von Kirche und Staat, das in der Nachkriegszeit entstand, werde von den Kirchen mit Selbstgenügsamkeit hingenommen, obwohl es gegenwärtig immer stärker hinterfragt werde. Vielleicht sollten sich auch die Kirchen selbstkritisch fragen, ob so manches staatliche Privileg nicht eher Ballast als Vorteil sei. Eine lebhaft diskutierte Diskussion schloss sich an den Vortrag von Prof. Großbölting an.

Arnold Pesch

